

SOWJETZONE

Zur Wirtschaftslage der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands im Frühjahr 1959

Der Volkswirtschaftsplan für das Jahr 1959 hatte keine Bestimmung über Lohnerhöhungen enthalten. Das Grundprinzip, nach dem die Arbeitsproduktivität stets stärker zunehmen sollte als das Maß der Lohnerhöhung, galt auch in diesem Jahr. Die geplanten Produktionssteigerungen sollten nicht durch den Einsatz zusätzlicher Arbeitskräfte (dies wäre in der SBZ wegen der ständig sinkenden Bevölkerung ohnehin unmöglich), sondern durch bessere Leistungen der Werktätigen und durch Verbesserung der technischen Arbeitsmittel erreicht werden. Da der mitteldeutsche Maschinenbau, der auch schon früher einen sehr guten Ruf hatte, mit dem Schwergewicht seiner Kapazität aber den Export der SBZ bedienen muß, blieb ihm von vornherein nur wenig Spielraum, zur Produktionssteigerung entscheidend beizutragen. Bessere Organisation des Arbeitsprozesses auf betrieblicher und auf volkswirtschaftlicher Ebene — von den einzelnen VVB bis zur Staatlichen Plankommission — und höhere Arbeitsleistung jedes einzelnen, das waren demnach die maßgebenden Hebel zur Steigerung der gesamten Produktion. Hierfür wären aber als Anreiz Lohnerhöhungen sehr wesentlich gewesen. Wir kennen nicht die Gründe dafür, daß sie im Volkswirtschaftsplan 1959 nicht vorgesehen waren.

Offensichtlich haben sich aber später die Wirtschaftsplaner der SBZ Sorgen gemacht, daß ihr Appell an eine höhere Arbeitsmoral und -disziplin ohne den Hintergrund eines materiellen Anreizes nicht genügen werde. Ohne daß der Wirtschaftsplan hinsichtlich der Konsumgüterproduktion geändert worden wäre, sind in der SBZ — beginnend im Februar — *Lohn- und Gehaltserhöhungen* verordnet worden, die am 1. April, am 1. Mai und für einen Teil der Betroffenen — vorwiegend die in Privatbetrieben Beschäftigten — erst am 1. Juli in Kraft treten. In erster Linie wurden die unteren Tarifgruppen berücksichtigt und die Wirtschaftszweige, die schon immer am unteren Ende der Einkommenskala rangierten. Damit ist ein erfreulicher Anfang gemacht worden, um die in der SBZ sehr starke Lohndifferenzierung etwas abzubauen.

Nach offiziellen Angaben sollen insgesamt 2,3 Millionen Arbeiter und Angestellte in den Genuß von Lohnerhöhungen kommen, die nach den in der Zonenpresse veröffentlichten Berechnungsbeispielen für den einzelnen einen

Satz von 2 bis 15 vH ausmachen. Wir können nur wünschen, daß diesem Mehr an Kaufkraft auch eine entsprechend vergrößerte Warendecke gegenübergestellt werden kann. Viel Aussicht darauf besteht allerdings nicht. Nicht nur deshalb, weil die Planung der Konsumgütererzeugung nicht korrigiert worden ist, sondern auch deshalb, weil schon vor diesen Einkommenerhöhungen *in der Versorgung der Bevölkerung immer wieder Störungen* auftraten.

So waren in vielen Bezirken Mitteldeutschlands bereits drei Tage vor Ostern die Fleischerläden bis auf minderwertige Ware restlos geräumt, und die Fleischer gingen dazu über, die Restbestände nur noch in kleinen Mengen je Käufer abzugeben. Auch heute ist es noch so, daß die Bevölkerung nur frisches Schweinefleisch, Gefrierfleisch und Kassler, aber entweder gar nicht oder nur sehr selten Rind- oder Kalbfleisch kaufen kann. Noch immer ist der starke Strom von Käufern aus dem Gebiet der SBZ nach West-Berlin ein deutliches Zeichen für die ungenügende Versorgung der Bevölkerung mit Konsumgütern. Wie in jedem Frühsommer ist auch in diesem Jahr wegen der fehlenden Kühleinrichtungen im Einzelhandel und in den Haushalten die Herstellung von gehacktem bzw. gewiegtem Fleisch verboten. Die im April in einer Reihe von mitteldeutschen Bezirken aufgetretenen starken Ruhr- und Paratyphusepidemien haben ihre Ursache möglicherweise in Verstößen gegen dieses Verbot. Sie können aber auch auf die Verwendung eingeführter Lebensmittel zurückgehen, die in den Ostblockländern und in China nicht einer so scharfen gesundheitlichen Kontrolle unterliegen wie in der SBZ.

Trotz dieser Versorgungslage sind die erwähnten Lohnerhöhungen verfügt worden, die — auf ein Jahr berechnet — einem Wert von 940 Mill. DM entsprechen sollen. In ihren Genuß kommen rund 28 vH der insgesamt 8,2 Millionen Beschäftigten der SBZ. Ob die vorgesehene Steigerung der Arbeitsproduktivität in diesem Jahr erreicht wird, kann heute noch niemand sagen. Im 1. Quartal dieses Jahres ist der Plan auf diesem Gebiet jedenfalls nicht erfüllt worden. Das Ausmaß des Kaufkraftzuwachses steht aber bereits fest. Es wird der Plankommission nicht leichtfallen, die Wahrung ihres Grundprinzips, auf das oben hingewiesen wurde, durchzusetzen. Wenn das aber nicht gelingt, läßt sich die offiziell schon seit langem gerügte „Verlustwirtschaft der Volkseigenen Betriebe“ in diesem Jahr nicht abbauen.

Das Problem des fehlenden Gleichgewichts zwischen Kaufkraft und Warenversorgung wird den Wirtschaftsplanern nicht solche Kopfschmerzen bereiten; denn sie haben bei der Entwicklung eines zu starken Kaufkraftüberhangs immer die Möglichkeit, durch einen sogenannten Geldumtausch die verfügbare Kauf-

kraft der Verbraucher zu beschneiden, wie das im Herbst 1957 geschah. Für diese Annahme spricht auch, daß ohne Rücksicht auf das Waren-Kaufkraft-Gleichgewicht mit Wirkung vom 1. Mai an die Vollrenten der Arbeiter und Angestellten, der Mitglieder der landwirtschaftlichen und handwerklichen Produktionsgenossenschaften und die Vollwaisenrenten um 10 DM monatlich sowie die Ehegatten- und Kinderzuschläge der Rentner und die Halbwaisenrenten um 5 DM monatlich erhöht worden sind. Dies soll nach amtlicher Angabe einem Kaufkraftzuwachs von 333 Mill. DM im Jahr entsprechen.

Es liegt nahe, als Ursache all dieser Maßnahmen „zur Hebung der Lebenslage der Werktätigen“ politische Erwägungen anzunehmen; einmal in der Beeinflussung der mitteldeutschen Bevölkerung und zum zweiten in der für die Außenwelt bestimmten Dokumentation — gerade jetzt vor den Gipfelverhandlungen über die Deutschlandfrage — eines verbraucherfreundlichen Regimes, wobei die Spekulation auf die Ahnungslosigkeit westlicher Beobachter leider in vielen Fällen von Erfolg begleitet ist.

Wieweit bzw. wiewenig diese Stimmungsmache bei der mitteldeutschen Bevölkerung zu dem von Pankow erhofften Ziel geführt hat, ließ sich in gewisser Weise bei der Ostberliner *Maidemonstration* feststellen. Die Gesamten- denz war ausgesprochen lustlos. Trotz Befehl und scharfer Teilnehmerkontrolle haben an diesem mehr militärischen als gewerkschaftlichen Schauspiel im Ostberliner Lustgarten nur 250 000 Menschen teilgenommen, während völlig freiwillig zur gleichen Zeit in West-Berlin unter dem Motto „Berlin bleibt frei!“ rund 600 000 Menschen zusammenkamen. Hier war echte Zustimmung und innere Anteilnahme zu spüren, also gerade das, was *Ulbricht* sich für seinen Teil Berlins gewünscht hatte. Ganz gewiß war die Zahl der an der Westberliner Kundgebung teilnehmenden Ostberliner in diesem Jahr besonders groß; denn auch für diese Menschen ist das Schicksal West-Berlins entscheidend.

Das Kommuniqué des Politbüros des ZK der SED über das gesamte Ausmaß der Kaufkraft erhöhungen und die Maßnahmen, die für die Erfüllung des Wirtschaftsplanes als vordringlich zu gelten haben, spricht wieder von der Notwendigkeit einer besseren Arbeitsmoral und des Aufholens der Produktionsrückstände in verschiedenen Wirtschaftsbereichen. „Vornehmlich beim Fleischaufkommen aus der eigenen Landwirtschaft, bei der Durchführung des Bauprogramms und in der Erfüllung der Exportaufgaben wurden die Planziele nicht erreicht.“

Ungenügende Exportleistungen bedeuten für die SBZ zurückgehende Importmöglichkeiten. Und wenn auf diesem Gebiet eingeschränkt

werden muß, dann trifft dies in erster Linie die Konsumgüterimporte. Wir hatten vor einem Vierteljahr an dieser Stelle darauf hingewiesen, daß das Versprechen einer besseren Versorgung der Bevölkerung mit großer Skepsis bewertet werden mußte, weil es an die Bedingung reichhaltiger Einfuhren geknüpft war. Schon jetzt zeigt sich, wie berechtigt dieser Hinweis war.

Die ebenfalls in dem Kommuniqué enthaltene Kritik an der *Bauwirtschaft* ist nicht neu, aber sie trifft einen der Schwerpunkte des wirtschaftlichen Geschehens der SBZ. Wie in jeder anderen Wirtschaftsordnung bestimmt auch in Mitteldeutschland die Bauwirtschaft als Hauptträger des Investitionsprogramms das Tempo der Wirtschaftsentwicklung. Im Bauwesen der SBZ ist bisher viel geleistet worden, leider mehr durch die Beanspruchung der Muskelkräfte und viel zu wenig durch die Ausnützung von Maschinenarbeit. Unter meist sehr schweren Bedingungen — es sei nur an einige Großobjekte, wie die Erweiterung der Maxhütte, die Talsperrenbauten, die Errichtung des Eisenhüttenkombinates in Stalinstadt, des Kraftwerkes Trattendorf, der Großkokerei Lauchhammer und des Braunkohle-Kombinates „Schwarze Pumpe“ in der Niederlausitz, erinnert — haben die Bau- und die Bauhilfsarbeiter die Folgen davon tragen müssen, daß im Bauwesen der SBZ einige entscheidende Probleme noch nicht oder nur unzureichend gelöst sind.

Bei diesen Problemen handelt es sich um den *Mangel an Arbeitskräften*, der durch die unzureichende Ausstattung mit Baumaschinen und die nur schwache Entwicklung der industriellen Bauweise besonders fühlbar wird. Außerdem arbeitet gerade im Bauwesen die Planungsbürokratie zum großen Teil sehr schlecht, und dann fehlt es an vielen Baustoffen — von den Pflastersteinen über den Zement bis zum Baustahl und den Beschlägen. Viele Bauten sind zu aufwendig, wodurch die Finanzierung anderer Vorhaben in Frage gestellt wird. Investitionsträger fordern zuviel Finanzierungsmittel an und verwenden sie oft zweckfremd, und die Finanzwirtschaft der volkseigenen Bauindustrie verhindert in vielen Fällen eine einwandfreie kostenmäßige Analyse des Baugeschehens. In der Staatsplanwirtschaft der SBZ halten sich diese negativen Erscheinungen über lange Zeiten, weil sie zu Lasten des Steuerzahlers auf die Staatskasse abgewälzt werden können, während in einer freien Wirtschaft derjenige, dem sie finanzielle Nachteile und Belastungen brächten, an ihrer baldigsten Beseitigung interessiert wäre.

Schon im vergangenen Jahre hat die *Baustoffindustrie* die von ihr erwarteten Leistungen nicht erfüllt, und auch im 1. Quartal dieses Jahres gehört die Baustoffproduktion zu den schwachen Bereichen der mitteldeutschen

Wirtschaft. Die Herstellung von Mauersteinen nahm im letzten Jahr nur um 2,4 vH, die von Zement um 2,8 vH und die von Dachziegeln um 4 vH zu. Besonders schwerwiegend ist der *Mangel an Zement*, zumal die SBZ Zement als einen sehr gesuchten Devisenbringer ins Ausland zu exportieren bemüht ist. Um die wichtigsten Bauvorhaben — das sind neben den Bauvorhaben der Besatzungsmacht und den militärischen „Regierungsbauten“ Pankows die Industrie- und sonstigen Wirtschaftsbauten — mit ausreichendem Zement versorgen zu können, ist der Zementverbrauch im Wohnungs-, Kommunal- und Straßenbau durch eine gesetzliche Verfügung erheblich eingeschränkt worden.

Obwohl die größten Zementwerke Mitteldeutschlands als SAG-Betriebe vorrangig modernisiert worden sind, reichte ihre Kapazität nicht aus, um die Realisierung des umfangreichen Bauprogramms zu sichern. Neue Zementwerke wurden errichtet. In diesem Frühjahr sollte z. B. das Werk Kasdorf II im Bezirk Halle die Produktion aufnehmen. Der Mangel an Arbeitskräften hat dies unmöglich gemacht. Damit steht die Produktion von 46 000 t Zement im 2. Quartal und die von 200 000 t Zement im 2. Halbjahr 1959 auf dem Spiel. Das ist nur eines von vielen Beispielen. Im Kreis Freienwalde war für dieses Jahr der endgültige Wiederaufbau der Ziegelei „Alaunwerk“ im Volkswirtschaftsplan vorgesehen. Dieses Projekt muß schon heute als gescheitert angesehen werden, weil andere Planungsinstanzen für den Aufbau wichtige Vertragstermine erst für die Jahre 1960 und 1961 vereinbart haben. Mit der Produktion dieser Ziegelei war aber im Plan bereits gerechnet worden.

Die industrielle Vorfertigung von Bauelementen für den Übergang zum Montagebau wie überhaupt die Industrialisierung des Baugeschehens und der Bau in der Großblockbauweise sind in der Bauwirtschaft der SBZ noch sehr unterentwickelt. Einer der in Ost-Berlin tätigen Oberbauleiter kritisierte diesen Zustand kürzlich mit den Worten: „Zur Zeit kann von einem kontinuierlichen Bauen kaum die Rede sein.“ Am 6. und 7. Mai fand in Ost-Berlin die 3. große Baukonferenz der SBZ statt. Sie mußte sich mit diesen und einer ganzen Reihe anderer Probleme befassen, die in der westdeutschen Bauwirtschaft kaum eine Rolle spielen.

Dies gilt ganz besonders für die schlechte Arbeit der Instanzen für die Planung und Leitung des Baugeschehens. „Es mehren sich in bedenklichem Maße die Erscheinungen, daß ohne Vorliegen von ordnungsmäßigen, vollständigen Projektierungsunterlagen mit der Durchführung von Investitionsvorhaben begonnen wird“, so kritisierte kürzlich die offizielle Zeitschrift *Die Firmenwirtschaft* in Ost-

Berlin. Die Planungsmängel beginnen schon bei der sog. Perspektivplanung der Staatlichen Plankommission und der Vereinigungen volkseigener Betriebe. Ihre unzureichende Arbeit ist oft der Grund für das Umwerfen von Perspektivplänen, die den staatlichen Projektierungsbüros bereits als Berechnungsgrundlage gedient haben. Diese Projektierungsbüros müssen dann noch einmal von vorn beginnen und geraten immer mehr in Terminnot. Das zwingt sie vielfach zu „Fernplanungen“, zur Arbeit am grünen Tisch, wobei sie oft an den örtlichen Gegebenheiten vorbeiplanen, so daß sich daraus neue Korrekturgründe ergeben.

Wenn diese Zustände in der eigenen Presse mit Schlagzeilen, wie „Frankfurter Investitions-Schlendrian“ und „Perspektivplanung, sträflich vernachlässigt“, kritisiert werden, dann kann man sich ein ungefähres Bild dieser Wirtschaft machen, deren Antrieb, Leistungsanreiz und sachliche Auslesekontrolle nicht von dem finanziellen Ergebnis, sondern von der schwerfälligen und unzureichend arbeitenden Planungsbürokratie bestimmt wird.

In Stalinstadt sind Projektierungsselder in Höhe von etwa einer Million Ostmark und im Kreis Eberswalde in Höhe von 350 000 DM sinnlos verausgabt worden. In Beeskow sollte in diesem Jahr ein Geflügelschlachthof errichtet werden. Die Vorp'anuns. ganz zu schweigen von der Perspektivplanung, lag bis zum Frühjahr noch nicht vor. In einer Reihe von Kreisen der SBZ ist bei Kontrollen festgestellt worden, daß die Bauämter keine Übersicht über die in ihrem Kreis vorhandenen Baukapazitäten, über Bruttoproduktion, Arbeitskräfte und Arbeitsproduktivität der Bau- und Baustoffindustrie hatten. Sie hatten zum Teil keine Vorstellung von den für die Durchführung der staatlichen Aufgaben benötigten Materialmengen und -arten. Ein besonders krasser aber doch auch wieder typischer Versager der Bürokratie wurde beim Kreisbauamt Bischofswerda im Bezirk Dresden aufgedeckt. Dort hatte das Amt den termingerechten und hundertprozentigen Abschluß aller Projektierungsverträge nach oben gemeldet, während in Wirklichkeit zu dem angegebenen Zeitpunkt noch kein einziger Vertrag abgeschlossen war.

Auch die finanzielle Seite der Planung und Projektierung ist ein bisher schlecht gelöstes Problem. Die Arbeitsleistung der Projektierungsbüros wird an der Inanspruchnahme der in der Vorplanung festgelegten Finanzierungssumme — der sog. Erfüllung des Finanzplanes — gemessen. Wenn es nun dem Projektanten gelingt, das Bauvorhaben mit dem gleichen oder besseren Nutzeffekt billiger zu projektieren, dann hat er seinen Finanzplan nicht erfüllt. Ihm fehlt also jeder Anreiz zu sparsamer und wirtschaftlicher Arbeit. Er wird im Gegenteil dafür noch bestraft, denn er muß sich für die Nichterfüllung des Planes verantworten.

Die Zersplitterung der Baukapazitäten auf kleine und kleinste Objekte entspringt nicht nur einer Fehlplanung der Projektierungsbüros, sondern ist oft auch die Folge davon, daß die Baubetriebe wegen des Fehlens der erforderlichen Baupläne zur Selbsthilfe greifen müssen, weil sie ihre Arbeitskräfte zu beschäftigen und vor allem ja zu bezahlen haben. Diese Zersplitterung des Baugeschehens führte dazu, daß der Anteil der eingeschossigen Wohnbauten mit 20 vH als viel zu hoch kritisiert worden ist; denn die amtlichen Pläne sehen für den städtischen Bau im Durchschnitt vier bis fünf und für den ländlichen Bau drei Geschosse vor. Auch die ungenügende Ausnutzung der ohnehin nicht in ausreichender Menge vorhandenen Baumaschinen wird durch diese Zersplitterung noch gefördert.

Die Stiefkinder des Baugeschehens in der SBZ sind nach wie vor der *Wohnungsbau* und der *Straßenbau*. Lag im Jahre 1957 die Durchschnittsgröße der Wohnung im staatlichen Wohnungsbau, auf den im Jahre 1958 62,3 vH des gesamten Wohnungsbaus entfielen (37,7 vH leisteten die Arbeiterwohnungsbaugenossenschaften), bei 63 Quadratmetern, so darf der Durchschnitt in diesem Jahre nicht über 55 Quadratmeter liegen bei einem Kostensatz von 22 000 DM. Die tatsächlichen Durchschnittsbaukosten liegen bei 28 000 bis 30 000 DM. 70 000 neue Wohnungen sollen in diesem Jahr errichtet werden. Zusätzlich sind 21 500 Wohnungen instand zu setzen. Damit läge die SBZ noch immer weit unter der westdeutschen Bauleistung je Kopf der Bevölkerung. Die laufende Instandhaltung des vorhandenen Wohnraumbestandes in privatem Eigentum leidet erheblich unter dem Mangel an Material, vom Nagel bis zur Dachpappe, sowie an den gestiegenen Material- und Personalkosten bei konstanten Mieteinnahmen. Der Verfall an Wohnraum liegt daher in der SBZ weit über dem Normalsatz.

Die hier nur an Einzelbeispielen erläuterten Mängel der mitteldeutschen Bauwirtschaft sollen in diesem Jahre durch die Anwendung von Neuerermethoden, durch verbesserte Arbeitsorganisation, durch stärkere Mechanisierung und Industrialisierung gemildert werden. Die Bauleistung soll um 16,9 vH und die Arbeitsproduktivität um etwa 15 vH zunehmen. Bei gleicher Arbeitsproduktivität wären dafür rund 40 000 Bauarbeiter erforderlich. Bisher gibt es keine Anhaltspunkte dafür, daß dieser ehrgeizige Plan realisiert werden kann. Auch die für die Baustoffproduktion festgelegten hohen Zuwachsraten (Zement + 26,8 vH; Betonzeugnisse + 33,8 vH; Mauersteine + 13,8 vH und Dachziegel + 8,1 vH) werden voraussichtlich nur sehr schwer — wenn überhaupt — zu erfüllen sein. Die vorgesehene Erweiterung und Verbesserung des Winterbaus, ein Kapitel, das auch für die Bundesrepublik

noch einige ungelöste Fragen enthält, dürfte weniger an technischen Problemen scheitern als vielmehr an der Kostenfrage; denn die hierfür in der SBZ zur Verfügung stehende Energie ist zu knapp, als daß sie ohne nennenswerten Aufwand in der notwendigen zusätzlichen Menge bereitgestellt werden könnte.

*

Eine in der augenblicklichen Situation besonders bedeutungsvolle Aufgabe hatte die alljährlich stattfindende *Leipziger Frühjahrmesse* zu erfüllen. Sie ist zwar eine kommerzielle Veranstaltung, aber die offiziellen mitteldeutschen Kommentare stellen ganz bewußt die politischen Aspekte der Messe mit in den Vordergrund. Der Besuch *Chruschtschows* unterstrich diese Seite der Messe sehr nachdrücklich. Da im östlichen Bereich das Gebiet des Außenhandels zum Sachbereich Außenpolitik gehört, ist es nicht verwunderlich, wenn in Leipzig alle Anstrengungen unternommen werden, um neben dem wirtschaftlichen auch das politische Gespräch zu führen. Bei der Vielfalt der westlichen Besucher ist es ebensowenig verwunderlich, wenn auch sehr bedauerlich, daß sich bei solchen politischen Veranstaltungen während der Messe westdeutsche Gäste, deren Worte in dieser Umgebung eine Bedeutung gewinnen, die über den persönlichen gesellschaftlichen bzw. politischen Rang des Betreffenden weit hinausgeht, zu Äußerungen hinreißen lassen, die genau *den* Wind in die östlichen Segel blasen, auf den man dort drüben mit dem Blick nach dem Westen gerade in der jetzigen Situation wartet.

Die *Messeumsätze* sollen mit einem Wert von knapp 3,4 Md. DM Ost die vorjährigen um 35 vH übertroffen haben. Der westliche Weltmarkt (einschließlich der Bundesrepublik) war daran mit 978 Mill. DM Ost beteiligt, während der weitaus größere Teil auf die Umsätze innerhalb des östlichen Weltmarktes entfiel. Das Schwergewicht der Gesamtumsätze lag mit einem Wert von 2,5 Md. DM Ost bei den Exportverträgen.

Diese Zahlen sind natürlich nur dann richtig, wenn die Kontrakte auch erfüllt werden. Manches Messegeschäft scheidet schon im Stadium der Erörterung daran, daß der mitteldeutsche Exporteur entweder gar nicht oder nur sehr langfristig Lieferzusagen machen kann. Viele abgeschlossene Messegeschäfte zerschlugen sich hinterher, weil sich nach einiger Zeit die Lieferunfähigkeit des Exporteurs der SBZ herausstellte. Mit der Erfüllung vieler Exportverpflichtungen ist ja auch in diesem Jahre die Industrie der SBZ in Rückstand geraten, weil die Produktion den bisher noch nicht vermeidbaren Störungen unterlag oder die für die Fertigung benötigten Materialien nicht rechtzeitig oder ausreichend importiert werden konnten. Die Leipziger Messe ist heute mehr eine Schau der industriellen Leistungsfähigkeit als eine echte

Handelsmesse, verglichen etwa mit der Messe in Hannover, weil die ausstellenden Betriebe in sehr vielen Fällen nur demonstrieren sollen, was sie leisten können, wenn die Fragen der Rohstoff- und Materialversorgung gelöst sein werden.

In der für 1959 geplanten Außenhandelsentwicklung der SBZ mit einem Gesamtumsatz von rund 8 Md. DM Ost hat die vorgesehene Steigerung der Importe an Rohstoffen und Investitionsgütern eine entscheidende Bedeutung. Die Einfuhr von Erzeugnissen der metallverarbeitenden Industrie — auf diesem Gebiet war Mitteldeutschland früher mehr Exporteur als Importeur, wenn man diese Begriffe auch mehr auf den damals innerdeutschen Wirtschaftskreislauf anwendet — soll um 34,8 vH zunehmen, damit das eigene Investitionspro-

gramm realisiert werden kann. Dies ist auch eine Folge der „branchenmäßigen Kooperation“ im Ostblock, bei der bestimmte Investitionsgüter nur noch in vorher festgelegten Ländern hergestellt werden dürfen. Die Grundstoffe des Bergbaus und der eisen- und stahlschaffenden Industrie sind noch immer, mit mehr als einem Drittel, der Hauptposten der Einfuhr. Von dem Eintreffen dieser Roh- und Fertigungshilfsstoffe hängt die Produktionsfähigkeit der Industrie der SBZ entscheidend ab, weil Reservebestände im erforderlichen Umfang nicht vorhanden sind. Dies macht die Bedeutung des Interzonenhandels als Bezugsquelle für „harte Waren“ für die Wirtschaft der SBZ deutlich und weist auf gewisse politische Konsequenzen dieser wirtschaftlichen Abhängigkeit bzw. Interessiertheit hin.

Dr. Walter Meier